

Querschnittsprüfung der Massnahmen gegen Fachkräftemangel in ausgewählten Berufen

Staatssekretariat für Wirtschaft – Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation – Staatssekretariat für Migration

Das Wesentliche in Kürze

Wie viele ihrer europäischen Nachbarn sieht sich auch die Schweiz in mehreren Branchen mit einem Fachkräftemangel konfrontiert. Seit 2011 hat der Bund zwei verschiedene Programme zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials lanciert. Für die darin enthaltenen Massnahmen wurden Budgets über mehrere Hundert Millionen Franken zur Verfügung gestellt.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat entschieden zu prüfen, ob die zuständigen Organisationen und Behörden den Fachkräftemangel rechtzeitig erkannt sowie koordinierte und gezielte Massnahmen ergriffen haben. Bei ihrer Analyse hat die EFK den Fokus auf Berufe in drei Branchen des MINT-Bereichs (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) gelegt, namentlich der Maschinenindustrie-, der Elektro- und der IT-Branche. Ausserdem hat die EFK die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) und vom Staatssekretariat für Migration (SEM) verwalteten Massnahmen in ihre Untersuchung mit einbezogen.

Sowohl der Bund als auch die Organisationen der Arbeitswelt (OdA) achten seit vielen Jahren auf die Anzeichen für einen Fachkräftemangel. Während die OdA gezielte Massnahmen im Rahmen ihrer Ressourcen ergreifen, unterstützt der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Wirtschaft mit subsidiären Massnahmen. Es ist jedoch festzustellen, dass die Massnahmen der verschiedenen Akteurinnen und Akteure den Fachkräftemangel in den untersuchten Branchen nicht zu beheben vermögen. Den Unternehmen und den OdA gelingt es beispielsweise nicht, ausreichend Lehrstellen zu schaffen oder ihre Berufe attraktiver zu machen. Was die Massnahmen der Behörden (Bund und Kantone) betrifft, so hatten diese keine nennenswerten Auswirkungen. Nach Ansicht der EFK sind zusätzliche Massnahmen nötig, um die Berufsbildung innerhalb des Schweizer Bildungssystems zu fördern.

Unterschiedliche Ursachen für den Fachkräftemangel je nach Branche und Auswirkungen vom Bund nicht untersucht

Die Wirtschaftsakteurinnen und -akteure nehmen bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels eine Schlüsselrolle ein. Der Bund hat keine gesetzliche Verpflichtung, diesbezüglich Massnahmen zu ergreifen. Er hat aber dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen in Bereichen wie Arbeit, Bildung und Zuwanderung den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst werden.

Die OdA sind sich des Fachkräftemangels bewusst und untersuchen dessen Ursachen in dem Versuch, ihn zu beheben. Je nach Branche können diese Ursachen unterschiedlich sein. Dies können beispielsweise die fehlenden Lehrstellen in der IT-Branche oder auch die schlechte Beurteilung der Arbeitsbedingungen oder des Ansehens in den anderen untersuchten Branchen sein. Die OdA können zwar die aktuelle Situation beurteilen, sind aber

nicht immer imstande, ihre Entwicklung vorauszusehen. Das SECO hat 2016 und dann 2023 einen Index für den Fachkräftemangel in den einzelnen Berufen veröffentlicht. Diese Publikation liefert den OdA und den Kantonen nützliche Informationen, um den Grad des strukturellen Fachkräftemangels zu ermitteln. Sie erscheint jedoch nicht regelmässig und gibt keine Entwicklungsprognose ab. In seiner Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss von 2023 plant der Bundesrat, einen Bericht über die Ursachen des Fachkräftemangels und dessen Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft zu verfassen. Dieser Bericht könnte als politische Entscheidungshilfe dienen.

Wirkungen der Massnahmen begrenzt

Nicht alle Unternehmen ergreifen Massnahmen, und die gezielten Massnahmen, welche die OdA für die einzelnen Branchen ergreifen, sind durch die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und Mittel begrenzt. Es ist festzustellen, dass der Fachkräftemangel durch die von den Akteurinnen und Akteuren der untersuchten Branchen eingesetzten Mittel nicht vollständig behoben werden konnte.

Der Bund hat seinerseits zwei Massnahmenprogramme lanciert, das erste 2011 unter dem Titel «Fachkräfteinitiative» und das zweite 2019 mit dem Ziel, die Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials zu verstärken. Da diese Programme keine messbaren Ziele enthalten, lassen sich deren Bedeutung und Wirksamkeit nicht beurteilen. Mehrere Massnahmen dürften Auswirkungen auf den MINT-Bereich haben. Gemäss den OdA und den Unternehmen der untersuchten Branchen sind einige Massnahmen jedoch kaum bekannt. Die Massnahmen des Bundes haben trotz erheblicher Investitionen keine nennenswerten Auswirkungen auf die Lösung ihres Fachkräfteproblems.

Jedes Amt verwaltete seine Massnahmen eigenständig, und es wurde ein Amt für die Koordination der einzelnen Bundesprogramme ernannt. Insgesamt hat die Zusammenarbeit und die Koordination zwischen den Bundesämtern sowie mit den anderen Anspruchsgruppen (Sozialpartner, Kantone, OdA) im Zusammenhang mit den Bundesmassnahmen gut funktioniert. Die Anspruchsgruppen wurden in die Arbeitsgruppen und die Entscheidungen einbezogen. Angesichts der Anzahl der beteiligten Akteurinnen und Akteure kann die Suche nach einem Konsens jedoch eine Herausforderung darstellen und Zeit in Anspruch nehmen.

Herausforderungen für das Image der Berufsbildung

Der Bund ist nicht in der Lage, die spezifischen Probleme der einzelnen Branchen (Ansehen, Arbeitsbedingungen) zu lösen. Er hat jedoch im Rahmen einer Beurteilung sicherzustellen, dass die Finanzierung der Ausbildung für die Personen, die eine höhere Berufsbildung anstreben, kein Hindernis darstellt.

Ein wesentlicher Teil der Staatspolitik und der Bundesmassnahmen wird operativ auf kantonaler Ebene umgesetzt. Im Bereich der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung haben die Kantone 2021 eine nationale Strategie verabschiedet. Eines der Ziele ist, zur bestmöglichen Beteiligung der Bevölkerung am Arbeitsmarkt beizutragen. Die EFK stellt fest, dass der Berufsbildung im Vergleich zur Hochschulausbildung ein schlechteres Image anhaftet. Der Bund sollte in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anspruchsgruppen bestimmen, ob zusätzliche Massnahmen daran etwas ändern könnten.

Originaltext auf Französisch